

Postkoloniale Ungleichheiten im globalen Entdemokratisierungsprozess

Die Abwesenheit des Globalen Südens in der Debatte um die Krise liberaler Demokratien

Luciana Ballestrin*

Übersetzung aus dem brasilianischen Portugiesisch von Teresa Otten Dionísio

Die Diagnose einer Krise liberaler Demokratien hat sich insbesondere in den letzten fünf Jahren quantitativ wie qualitativ in einer Weise durchgesetzt, dass sie zu einem unumgänglichen Topos für Theoretiker*innen wie für Verfechter*innen der liberalen Demokratie geworden ist. Zwar hatten verschiedenste Stränge der Politikwissenschaft, der Politischen Theorie und der politischen Philosophie bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf die Schwächen liberal-demokratischer Regime hingewiesen. Doch der Befund, dass sich die Demokratie weltweit auf dem Rückzug befinde, wurde erst in jüngster Zeit vorgelegt. Vor allem der Sieg des Milliardärs und Geschäftsmannes Donald Trump in der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 stellte das bis dahin hegemoniale Modell der repräsentativen, liberalen und pluralistischen Demokratie, das sich im Zuge der neoliberalen Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges verbreitet hatte, auf den Kopf. Komplementäre Entwürfe wie beispielsweise die partizipatorische, deliberative oder radikale Demokratie stellen zwar eine Erweiterung der liberalen Demokratie dar. Jedoch stellt keiner von ihnen das Prinzip der Repräsentation oder die marktwirtschaftliche Prämisse der Demokratie grundsätzlich in Frage. Die öffentliche und theoretische Bedeutung dieser Debatte liegt zum einen darin, neue Formen des Autoritarismus, die sich innerhalb liberaler Demokratien herausgebildet haben – gewissermaßen den demokratischen Tod der Demokratie –, sichtbar zu machen. Zum anderen ermöglicht sie es, die politische Krise zum strategischen Ausgangspunkt einer Analyse multipler und miteinander verbundener Krisen zu machen, insofern wir unter Politik Institutionen, Praktiken und Diskurse für die Organisation des kollektiven und immer auch konflikthaften Lebens verstehen (vgl. Mouffe 2000). Mit dem Erstarken von antipolitischem Verhalten und antidemokratischen Werten wird die moralische Grenzziehung zwischen dem Überleben der Demokratie, der menschlichen Konvivialität, der sozialen Mobilität und dem Umweltschutz immer fragwürdiger. Zudem hat die humanitäre Katastrophe, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde, bereits bestehende ökonomische, migrationsbezogene, gesundheitliche, ökologische, wissenschaftliche sowie klimatische Probleme der Weltgesellschaft verschärft. Das Ausmaß, die Tragweite und das Ineinandergreifen derart vieler Krisen erzeugen das Gefühl einer apokalyptischen, verrohten, dystopi-

* Luciana Ballestrin, Universidade Federal de Pelotas, Brasilien
Kontakt: luciana.ballestrin@ufpel.edu.br

schen und nun auch pandemischen Welt. Die Kulturindustrie im digitalen Zeitalter ist voller entsprechender Beispiele. Dabei spielt die Problematisierung des Todes in symbolischer als auch in tatsächlicher Weise eine zentrale Rolle für das Denken über das Politische und die Demokratie im 21. Jahrhundert. Die Wiederkehr des Begriffs des Faschismus, die Anzeichen einer nekropolitischen Dynamik und die Politisierung von Leben, das als nicht betrauerungswürdig gilt, sind charakteristisch für diese Debatte. Ihren Nährboden stellt ein wachsendes Gefühl des Unbehagens dar, welches sich immer weniger nur auf die Länder des Globalen Südens beschränkt. Angesichts dieser Beobachtungen scheint es, als würde die Metapher vom Tod der Demokratien, wie sie von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) geprägt wurde, einen tieferen Sinn entfalten.

Ähnlich wie das heute nicht mehr gebräuchliche Konzept der „Dritten Welt“ ist der Begriff des Globalen Südens eine machtvolle diskursive Repräsentation, die in der Lage ist, subalterne geopolitische Identitäten zu artikulieren, die ihren Ursprung in der modernen Kolonialgeschichte haben. Es ist hierbei wichtig anzumerken, dass die Macht des Globalen Südens nicht unbedingt in Form von Nationalstaaten zum Ausdruck kommt. Sie ist vielmehr als „eine Reihe von Praktiken, Einstellungen und Verhältnissen“ (Grovgoui 2011: 177) zu verstehen, die in „transnationalen und sozialen Hinsichten“ (Hurrell 2013: 206) wirken. Ein solches Verständnis des Globalen Südens erlaubt es uns, ihn als eine Kategorie zu verwenden, die keine zentrale Autorität, keine definierte Stufenfolge und keine geschlossene Form besitzt. Aus diesem Grund ist es wichtig, die große Vielfalt an Akteur*innen, Diskursen, Institutionen und Bewegungen zu berücksichtigen, die unter diesem Begriff zusammengefasst werden. In diesem Beitrag verstehe ich unter dem Globalen Süden all jene Gesellschaften, die eine koloniale Vergangenheit teilen, und zwar als kolonisierte Gesellschaften; deren Wirtschaft aufgrund der asymmetrischen Einbeziehung in das moderne und koloniale Weltsystem durch Vulnerabilität und Abhängigkeit gekennzeichnet ist; und innerhalb derer irreparable, durch verschiedene Formen kolonialer Gewalt erzeugte strukturelle Ungerechtigkeiten bestehen (vgl. Dados/Connell 2012). Brasilien stellt einen paradigmatischen Fall für Entdemokratisierungsprozesse im Globalen Süden dar, was insbesondere am Regierungshandeln in der Pandemie deutlich sichtbar wurde. Verstärkt durch eine tiefgreifende politische Krise, die sich bereits mit den vielfältigen Protestbewegungen seit Juni 2013 abgezeichnet hatte, hat das Land über eine halbe Million Todesfälle in Zusammenhang mit COVID-19 zu beklagen, womit Brasilien nach den Vereinigten Staaten von Amerika den zweiten Platz in der Welt-rangliste der Sterblichkeit belegt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss überprüft derzeit die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie, die durch die Bundesregierung Jair Messias Bolsonaro, eines rechtsextremen und derzeit parteilosen Politikers, ergriffen wurden. Aufgrund seines Umgangs mit der Pandemie wurden bereits Anklagen vor internationalen Gerichtshöfen erhoben, die auf eine Verurteilung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord abzielen.¹

Vor diesem Hintergrund problematisiert der vorliegende Beitrag die Abwesenheit des Globalen Südens im gegenwärtig bestimmenden Diskurs über die Krise liberaler Demokratie, der den affirmativen Diskurs über deren Konsolidierung, der seit den 1990er Jahren sowohl national als auch international in Umlauf war, abgelöst hat. Dabei wird argumentiert, dass diese Leerstelle sowohl signifikante Auswirkungen auf das Verständnis gegenwärtiger Krisen der Demokratie hat als auch die normative Debatte über Modelle und Theorien der Demo-

1 Namentlich vor dem Internationalen Strafgerichtshof und vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA).

kratie verkürzt. Das Argument wird in drei Schritten entfaltet. Zunächst werden zentrale Aspekte der gegenwärtigen Literatur zur Krise der liberalen Demokratie erörtert, wobei die Abwesenheit des Globalen Südens in dieser Diagnose, die Bedeutung seiner theoretischen Einbeziehung sowie das analytische Potenzial des Begriffs der Entdemokratisierung für diese Aufgabe hervorgehoben werden. In einem zweiten Schritt wird argumentiert, dass die Berücksichtigung postkolonialer Ungleichheiten im Globalen Süden kritische Impulse für die Analyse von Demokratien aus einer tatsächlich globalen Perspektive liefert. Hier wird Lateinamerika als Gegenmodell eingeführt, um die Geopolitisierung der Debatte voranzutreiben. Im letzten Abschnitt wird anhand einer kurzen postkolonialen Interpretation der liberalen Demokratien die heikle Beziehung zwischen Postkolonialismus und Demokratie problematisiert. Mit diesem Vorhaben soll gezeigt werden, dass eine Annäherung zwischen dem normativen Prinzip der Dekolonisierung und demjenigen der Demokratie in analytischer wie theoretischer Hinsicht zu einer theoretischen Aktualisierung der postkolonialen Kritik als auch der Demokratietheorien beitragen kann.

1. Die aktuelle Debatte über die Krise liberaler Demokratien: Grenzen des analytischen Anglo-Eurozentrismus

Seitdem die liberale Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem weltweit hegemonialen Projekt geworden ist, wird sie sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums kritisiert. Dennoch war sowohl von wissenschaftlicher als auch von politischer Seite eine merkliche Begeisterung der internationalen Gemeinschaft über den Übergang hin zu und über die Konsolidierung von demokratischen Regimen in unterschiedlichen Ländern der Welt zu bemerken. Im Zuge der Verschärfung der Globalisierung und des Neoliberalismus in den 1990er Jahren konnte zugleich eine zirkuläre Dynamik der Demokratisierung beobachtet werden, bei der sich die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Ausweitung einer juristischen Grammatik der Rechte und Freiheiten in der nationalen und globalen Öffentlichkeit wechselseitig stimulierten. Projekte globaler und kosmopolitischer Demokratie wurden gefördert, um dadurch das Demokratiedefizit des internationalen Systems zu kompensieren.

Diese Erzählung gehört jedoch immer mehr der Vergangenheit an. Heute sind mit Postdemokratie, demokratischer Dekonsolidierung beziehungsweise Rezession und Entdemokratisierung verschiedene Begriffe in Umlauf, um die aktuelle Krise der liberalen Demokratien zu erfassen (vgl. Diamond 2015; Brown 2015; Mounk 2018).² In den Worten Samuel Huntingtons (1993) könnte man auch von einer umgekehrten dritten Welle der Demokratisierung sprechen. Ferner wurde auf den Begriff der „großen Regression“ zurückgegriffen, um den reaktionären Gehalt dieser Krise im progressiven Neoliberalismus zu beschreiben (vgl. Della Porta 2017; Fraser 2017). Die Entkopplung von Demokratie und Liberalismus wurde anhand der Konzepte der illiberalen Demokratie, des autoritären Liberalismus und des antidemokratischen Liberalismus erfasst (vgl. Mounk 2018). Die neuen Dynamiken des Autoritarismus und des Faschismus (vgl. Stanley 2018) sind in unter-

2 Der Begriff der Postdemokratie tauchte zum ersten Mal bei Jacques Rancière (vgl. Nash 1996) auf, erlangte aber erst später durch die Arbeit von Colin Crouch (2004) eine größere Sichtbarkeit.

schiedlichen Prozessen der Autokratisierung und Entdemokratisierung zu beobachten. Darüber hinaus belegt die zunehmende internationale Privatisierung von Macht durch Wirtschaftsakteur*innen und deren mangelnde Kontrolle durch die Öffentlichkeit die Abwesenheit der Prinzipien liberaler Demokratie in den Regimen der sogenannten *Global Governance*. Der postdemokratische Kontext impliziert auch die öffentliche Akzeptanz des Aufstiegs autoritärer, antidemokratischer und antihumanistischer Diskurse, die populistischen Auftrieb erhalten und eine große Anhänger*innenschaft generieren.

Der brasilianische Fall weist zahlreiche Gemeinsamkeiten mit den in der liberalen oder kritischen internationalen Literatur beschriebenen Merkmalen auf: die Instrumentalisierung demokratischer Institutionen für antidemokratische Zwecke³; ein zunehmendes Misstrauen gegen die Politik und eine sich verschärfende gesellschaftliche Polarisierung; der Protagonismus der Neuen Rechten, deren Radikalisierung sowie ihre populistische Repräsentation innerhalb eines Szenarios demokratischer Erosion; die Zunahme politisch motivierter Gewalt, einschließlich der geschlechtsspezifischen politischen Gewalt; die Zusammenführung von Konservatismus, Moralismus und Neoliberalismus; der Rückgang von bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten; und schließlich eine sich ausbreitende Geschichts- und Wissenschaftsleugnung, Angriffe auf die Wissenschafts- und Pressefreiheit sowie Zensur und Verfolgung politischer Gegner*innen, insbesondere aus der Linken. Nicht zufällig wurden viele einschlägige englischsprachige Publikationen über die Krise der liberalen Demokratie rasch ins Portugiesische übersetzt und in Brasilien veröffentlicht, nicht selten in einem warnenden Ton und mit eigens für die brasilianischen Ausgaben verfassten Vorworten (Levitsky/Ziblatt 2018; Castells 2018; Stanley 2018; Mounk 2018; Brown 2019; Geiselberger 2017; Przeworski 2020). Parallel dazu bildete sich in Brasilien eine eigene politikwissenschaftliche Literatur zur Krise der Demokratie heraus (vgl. Santos 2017; Avritzer 2019; Miguel 2019). Doch trotz der Tatsache, dass der brasilianische Fall beispielhaft und repräsentativ für die Krise der liberalen Demokratien ist, wurde er in der bisherigen demokratietheoretischen Debatte nicht als solcher erkannt und daher kaum berücksichtigt. Es ist vielmehr auffällig, dass die liberalen Demokratien der Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropas in der großen Mehrheit jener neueren Analysen privilegiert werden, und zwar auch in der kritischen Literatur. Dadurch wird nicht nur die Diagnose der Krise der Demokratie, sondern auch eine Prognose von Möglichkeiten ihrer Überwindung beeinträchtigt. Der darin zum Ausdruck kommende Anglo-Eurozentrismus verhindert zudem eine tatsächlich repräsentative Analyse des Phänomens. Kurz gesagt: Sofern die Krise der Demokratie ein globales Phänomen ist und sowohl Länder mit langer als auch solche mit jüngerer demokratischer Tradition betrifft, sollte die Erforschung gemeinsamer Variablen nicht einige wenige nationale Kontexte bevorzugen, deren Bedingungen nicht verallgemeinert werden können.

Auch wenn die Krise ebenfalls Impulse zur Entglobalisierung und zur regionalen Desintegration gegeben hat, stellt diese globale Dimension dennoch eine zentrale Herausforderung

3 Einige Beispiele für die Beteiligung demokratischer Akteur*innen und Institutionen am Entdemokratisierungsprozess Brasiliens sind: die Einleitung der Operation Lava Jato 2014 zur Bekämpfung der Korruption; der von der damals wichtigsten Oppositionspartei (PSDB) eingelegte Einspruch gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2014, in der die ehemalige Präsidentin Dilma Rousseff der Partido dos Trabalhadores (PT) wiedergewählt wurde; deren Amtsenthebungsverfahren im Jahr 2016, das von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen aufgrund einer einfach zu widerlegenden und sehr umstrittenen Begründung auch als „parlamentarischer Putsch“ verstanden wird; die politische Inhaftierung des Favoriten in der Präsidentschaftswahl 2018, des ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (PT), nur wenige Monate vor den Wahlen; sowie die Wahlkampagne von Jair Messias Bolsonaro, damals noch als Kandidat des Partido Social Liberal, und schließlich sein Sieg im Jahr 2018.

rung für die politik- und demokratietheoretische Forschung dar, die die Entwicklung und den Einsatz einer adäquaten vergleichenden Methode auf internationaler Ebene erfordert. Zu beachten ist hierbei, dass die Geschichte der Demokratien in sogenannten peripheren oder postkolonialen Ländern – neben Dynamiken, Logiken und Prozessen, die globalen Reproduktionsmustern folgen – einer Reihe von Bedingungen unterliegt, die sich vom US-europäischen Kontext, in dem Krisendiagnosen mit weitreichendem Erklärungsanspruch entstehen, unterscheiden. Zwar trägt die Globalisierung und die damit verbundene Intensivierung transnationaler Interaktionen dazu bei, dass einzelne nationale Phänomene in beschleunigter Weise aufeinander einwirken können, wodurch es zu einem gleichzeitigen Auftauchen von ähnlichen Phänomenen an verschiedenen Orten kommen kann. Doch stellt dies strenggenommen keine Neuerung dar, die erst durch den Globalisierungsprozess eingeführt wurde. Dennoch kann zumindest davon ausgegangen werden, dass die Globalisierung im Allgemeinen zahlreiche Aspekte des sozialen Lebens und insbesondere der Politik derart neugestaltet hat, dass sich dies auch auf deren zeitgenössische Theoretisierung auswirkt. Seit den 1990er Jahren treibt die Transnationalisierung des politischen Feldes den „*global turn*“ in der Politischen Theorie an (Dryzek/Honig/Phillips 2006: 23). Die Ausweitung der nationalen auf eine globale Ebene hatte eine theoretische Neuausrichtung und die Schöpfung neuer deskriptiver wie normativer Begriffe zur Folge. Gerechtigkeits- und Demokratiefragen werden seither von der liberalen Politischen Theorie und ebenso von ihren Kritiker*innen mittels Fragen der Stärkung und Neubestimmung des kosmopolitischen Prinzips ausgehandelt.

Der vorliegende Beitrag geht davon aus, dass die Politische Theorie angesichts der aufgrund transnationaler Dynamiken notwendigen Überwindung eines methodologischen Nationalismus (Amelina et al. 2021) als ein globaler Dialog verstanden werden muss (vgl. White/Moon 2004), für den Ansätze postkolonialer Theorie ein bislang unausgeschöpftes interpretatives Potenzial aufweisen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass hier eine globale Politische Theorie angestrebt wird: vielmehr wird es darum gehen, eine Politische Theorie des Globalen oder eine Globalisierung der Politischen Theorie (vgl. White/Moon 2004) unter analytischer Berücksichtigung und personeller Beteiligung des Globalen Südens zu entwickeln. Eine solche postkoloniale Strategie erfordert die Problematisierung des Postulats einer Allgemeingültigkeit oder Universalität von Theorien unter den Bedingungen der fehlenden Repräsentation von Ländern, die sich nicht an der Theoriebildung beteiligen konnten, sowie der nationalen Prägung eines Großteils der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Kategorien. Diese Herangehensweise ermöglicht es, den Postkolonialismus in Bezug auf politische, theoretische und normative Fragen für die Politische Theorie produktiv zu machen. Gleichzeitig wird sowohl das politisierende Moment der Politischen Theorie revitalisiert als auch der genuin politische Charakter des Postkolonialismus in seinen verschiedenen theoretischen Erscheinungsformen bestätigt (vgl. Persram 2008). Die Anerkennung, dass eine Erforschung der Demokratie sowohl ein empirisches Unterfangen als auch eine kritische Form der Theoriebildung darstellt, für die normative Fragen von zentraler Bedeutung sind, ermöglicht es, diejenigen Variablen und Dimensionen zu berücksichtigen, die bislang in der einschlägigen Literatur vernachlässigt wurden.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden günstige Zyklen für die Demokratie als Demokratisierungswellen und ungünstige Zyklen umgekehrt als Wellen der Entdemokratisierung erfasst (vgl. Huntington 1993; Tilly 2007). Hierin zeigt sich beispielhaft die Tendenz der international vergleichenden Politikwissenschaft, aufgrund ihres universalistischen Anspruchs nationale, regionale und lokale Besonderheiten im Namen verallgemeinerbarer Er-

klärungsmuster zu opfern. Allerdings werden mit der zunehmenden Zahl an Demokratien in der nationalstaatlich organisierten internationalen Gemeinschaft, insbesondere nach der Dekolonisierung und Demokratisierung in der so genannten „Dritten Welt“, auch der begriffliche Eurozentrismus und der methodologische Ethnozentrismus in Frage gestellt (vgl. Badie/Hemet 1993). Doch trotz der Versuche in der neueren Forschung zur Konsolidierung und Qualität der Demokratie, über die soziologischen Modernisierungstheorien der 1950er Jahre und die bürgerliche Kultur der 1960er hinauszugehen, findet sich beispielsweise in der postmaterialistischen Theorie von Inglehart und Welzel (2009) weiterhin eine aktualisierte Zusammenführung beider Herangehensweisen. Mit anderen Worten: Zwischen den verschiedenen Modellen zur Herausbildung von Demokratie werden unterschiedliche kontextuelle und interaktive Dynamiken in regionaler und historischer Hinsicht kaum in Erwägung gezogen. Dies führt wiederum dazu, dass das Verhältnis zwischen diesen Modellen und den Folgen der kolonialen Vergangenheit auf die Entwicklung von Demokratie größtenteils unberücksichtigt bleibt. Angesichts der vielfältigen und in ihrer Prägnanz unterschiedlichen Differenzen zwischen den Ländern muss ein Vergleich zwischen vorbildlichen und verfehlten demokratischen Regimen als klar voneinander abgegrenzten zu analysierenden Einheiten zu kurz greifen und als unbrauchbar angesehen werden. Es handelt sich im Folgenden also nicht um den Versuch, zutiefst unterschiedliche Realitäten zu vergleichen; vielmehr geht es darum, mögliche Verflechtungen, Verknüpfungen oder Wechselwirkungen zwischen diesen Realitäten nachzuvollziehen.

Gegenwärtig werden zahlreiche mehr oder weniger wissenschaftliche Interpretationen der Krise einschließlich der Abgrenzung ihrer Ursachen und Dimensionen vorgelegt. Einerseits lässt sich die Krise durch Elemente erklären, die dem politischen Feld und dessen wichtigstem Wissenschaftsbereich, der Politikwissenschaft, endogen sind. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Ursachen der Krise durch die Eingrenzung auf ein Fachgebiet oder durch einzelne, voneinander isolierte Variablen erklärt werden können, muss sie aber auch über außerpolitische und außerinstitutionelle Momente verstanden werden, was neben der Politikwissenschaft den Einbezug weiterer Disziplinen für eine breitere und mehrdimensionale Analyse erfordert. Folgende unabhängige institutionelle und kulturelle Variablen sind als intrinsische Merkmale der Demokratie vorstellbar: die Krise der politischen Repräsentation, das Misstrauen gegen die Politik, die Diskreditierung der politischen Parteien, die Ablehnung der Idee der Politik selbst (Antipolitik) und der Verlust des Nationalstaates als primären territorialen Referenzrahmens für die Demokratie, ohne dass es einen vergleichbaren Ersatz gibt (vgl. Fraser 2010). Als extrinsische unabhängige Variablen könnten beispielsweise die unterschiedlichen Auswirkungen des globalisierten und neoliberalen Finanzkapitalismus auf das Funktionieren demokratischer Gesellschaften angesehen werden. Darüber hinaus könnten vermutlich weitaus mehr Faktoren berücksichtigt werden, bevor alle denkbaren Konstellationen erschöpft wären. Gerade diese Pluralität an Lesarten hält die Möglichkeit bereit, den aktuellen, für die demokratische Politik besonders heiklen historischen Moment zu verstehen und zu erfassen.

Dabei ist eine Entwicklung fester Kriterien zur Bestimmung von Mustern der Demokratisierung und Entdemokratisierung im Globalen Süden und Norden nicht notwendigerweise wünschenswert, produktiv oder operationalisierbar. Grund dafür ist, dass die beiden Kategorien der Demokratisierung und Entdemokratisierung ihrerseits sehr heterogen sind und sich nicht allein zur Beschreibung von Ländern eignen. Besonders vielversprechend für die Einbeziehung der Demokratien des Globalen Südens in die Analyse der aktuellen Krise der

Demokratie ist jedoch der Begriff der Entdemokratisierung. Denn dieser suggeriert unmittelbar die Vorstellung eines der Demokratisierung entgegengesetzten Prozesses. Demnach brechen Demokratien nicht abrupt zusammen; vielmehr können gerade in der Demokratie die Bedingungen für ihre Unterwanderung geschaffen werden und vermittels demokratischer Institutionen Legitimität erlangen. Diese Vorstellung einer graduellen Bewegung weg von der Demokratie deutet einen stufenweisen Prozess an. Bislang steht eine Konzeptualisierung der Beschaffenheit dieser Stufen, die auch die gegenwärtigen Brüche der Demokratie in den Blick nimmt, noch aus. Die wichtigsten Demokratisierungstheorien, die in den 1980er Jahren entwickelt wurden, konzentrierten sich hauptsächlich auf die Bedingungen einer demokratischen Öffnung und der Transition zur Demokratie (vgl. O'Donnell/Schmitter 2013). In diesem Zusammenhang wurden vor allem Liberalisierung und Inklusion, verstanden als Grad an politischer Partizipation, als zwei konstituierende Achsen liberaler pluralistischer Demokratien (vgl. Dahl 1977) und damit als privilegierte institutionelle Variablen gehandhabt. Die Schwäche dieser Theorien liegt darin, dass sie ein zu starkes Augenmerk auf die Analyse von prozeduralen Dimensionen der Demokratie gelegt haben, während kulturelle und damit zusammenhängende Variablen vernachlässigt wurden (vgl. Huntington 1993; Avritzer 1996). Die Literatur zum demokratischen Übergang in den 1980er Jahren, zur Konsolidierung in den 1990er Jahren und in jüngerer Zeit zur Qualität der Demokratie in den 2000er Jahren steht repräsentativ für die Hegemonie, die die Deutung der Demokratie als Polyarchie über einen Zeitraum von fast drei Jahrzehnten erlangte.

In der internationalen politikwissenschaftlichen Literatur wird auf Grundlage des stark liberal geprägten *Freedom House* Index darauf hingewiesen, dass die quantitative Diagnose eines demokratischen Rückgangs und des Aufstiegs des Autoritarismus neu ist (vgl. Mainwaring/Brinks/Pérez-Liñán 2001). Dass dabei eine eingehende Erforschung der Ursachen – wie etwa in Larry Diamonds (2015) prominenter Analyse – fehlt, stellt ein typisches Defizit der quantitativen vergleichenden Methode auf globaler Ebene dar. Obwohl politische Übergänge sowohl von autoritären Regimen zur Demokratie als auch umgekehrt stattfinden (vgl. O'Donnell/Schmitter 2013), wurden die graduellen antidemokratischen Entwicklungen im Gegensatz zur Demokratisierung von Staaten in den 1980er Jahren theoretisch weitgehend vernachlässigt. Diese Lücke hat Charles Tilly (2007) mit seinem Vorschlag, Entdemokratisierung als das Gegenteil von Demokratisierung zu verstehen, zu schließen versucht. Laut Tilly ist „ein Regime in dem Maße demokratisch, in dem die politischen Beziehungen zwischen dem Staat und dessen Bürger*innen durch umfassende, gleichberechtigte, geschützte und für beide Seiten verbindliche Konsultationen gekennzeichnet sind“ (ebd.: 189). Die Einhaltung der Form der Konsultation signalisiert demnach einen Demokratisierungsprozess, während umgekehrt ihr Abbau eine Entdemokratisierung anzeigt. Die von Tilly entwickelte theoretisch-analytische Interpretation misst dem prozesshaften Charakter dieser Phänomene aus einer historisch informierten soziologischen Perspektive eine hohe Bedeutung zu.

Tillys Definition zielt darauf ab, Dahls kanonischen Vorschlag in *Polyarchy* zu überwinden, der lediglich eine minimale und statische Konstellation demokratischer Institutionen (und nicht ihre kontinuierlichen Variablen) voraussetzt und die tiefen Konflikte zwischen Meinungs- und Vereinigungsfreiheit außer Acht lässt. Während der ursprünglich in den 1970er Jahren entwickelte Vorschlag Dahls zur Beobachtung der Liberalisierung und Pluralisierung politischer Regime um zwei Hauptachsen, nämlich den Wettbewerb und die politische Inklusion, kreiste, charakterisiert Tilly (2007) Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse mittels dreier analytischer Dimensionen: 1) der „Integration von zwi-

schenmenschlichen Vertrauensnetzwerken [...] und öffentlichen politischen Prozessen“; 2) der „Isolierung öffentlicher politischer Prozesse von den wichtigsten kategorialen Ungleichheiten (zum Beispiel Geschlecht, „Rasse“, Ethnizität, Religion, Klasse, Kaste), auf deren Grundlage die Bürger*innen ihr tägliches Leben organisieren“; 3) der (öffentlichen) Begrenzung bzw. Hegung der „Autonomie der wichtigsten Machtzentren (insbesondere denjenigen, die eine bestimmte Zwangsdimension beinhalten), etwa Warlords, Patron-Klientelbeziehungen, Armeen und religiöse Institutionen“ (Tilly 2007: 23). Jede Stärkung der jeweiligen Dimension deutet auf eine Demokratisierung hin, während ihre Verringerung eine Entdemokratisierung indiziert.

Tillys analytischer Rahmen weist im Gegensatz zum disziplinären Mainstream der Politikwissenschaft eine gewisse Komplexität und Heterodoxie auf. Sein wichtigster Beitrag besteht in dem Versuch, die Analyse der Prozesse von Demokratisierung und Entdemokratisierung über die politischen Institutionen hinaus zu erweitern, indem er kulturelle, historische und soziale Aspekte der Beziehungen zwischen Bürger*innen und Staat miteinander verknüpft. Die Bildung von deskriptiven und analytischen Kategorien ist außerdem hilfreich, um eine potenzielle Bedrohung von Demokratien frühzeitig zu erkennen. Dennoch unterschätzt Tilly die Bedeutung von Variablen, die auf das Handeln, die Rationalität und das Verhalten der zentralen politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen auf nationaler und internationaler Ebene einwirken und die gegenwärtige Subversion der Demokratie vorantreiben. Gemessen am hohen Anspruch und breiten Umfang seiner historisch vergleichenden Arbeit übersieht Tilly sowohl den Einfluss des Marktes als auch die Auswirkungen des westeuropäischen Kolonialismus auf die demokratische Entwicklung in den ehemaligen Kolonien. Dies hält ihn dazu an, die tatsächlich sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für eine Demokratisierung oder Entdemokratisierung in den reicheren Ländern des Zentrums mit jenen in den ärmeren Ländern der Peripherie gleichzusetzen. Die Muster der Wechselwirkung zwischen Staaten und Märkten im Kontext der internationalen Gemeinschaft sind für die Analyse von Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozessen in der Weltgesellschaft jedoch entscheidend. Daher müssten gleichsam auch die unter dem Vorwand externer Demokratieförderung und des Menschenrechtsschutzes betriebenen imperialen Interventionen in so genannte „schwache Staaten“ Gegenstand der Analyse sein.

Auch Steven Levitskys und Daniel Ziblatts Buch „Wie Demokratien sterben“ (2018) widmet diesen Prozessen keine ausführliche Beachtung, obwohl es in der Debatte um die Krise der Demokratie zu einem Bestseller geworden ist. In einfacher Sprache geschrieben beschäftigen sich die Autoren vornehmlich mit der Schwächung der Demokratie in den USA infolge der Wahl Donald Trumps. Anhand einer Reihe von anachronistischen und nur schwer vergleichbaren Beispielen, die ausgehend von der Kategorie „gewählte Autokraten“ (Levitsky/Zibblatt 2018: 15) ausgewählt werden, kommen die Autoren zum Schluss, dass politische Parteien von großer Bedeutung für die Integration und Mäßigung von Außenseiter*innen sind sowie als „Wächter der Demokratie“ verstanden werden sollten (ebd.: 33). Ihre Auffassung, dass die Isolierung „populärer Extremist*innen [...] politischen Mut“ erfordere, geht auf ihre Beobachtung zurück, dass die institutionellen und verfassungsrechtlichen Spielräume zur Eindämmung potenzieller Bedrohungen des politischen Systems unzureichend seien (ebd.: 16). Darin kommt zum Ausdruck, dass die Autoren ungeschriebenen demokratischen Normen als einer Art unsichtbaren Stütze für die Aufrechterhaltung des demokratischen Pakts eine besondere Bedeutung zumessen. Für den Fall einer Bedrohung der Demokratie betonen die Autoren die Bedeutung einer breiten demokratischen Koalition sogar zwischen ideologischen

Gegner*innen. Ihr Narrativ offenbart jedoch einen beunruhigenden US-amerikanischen Provinzialismus, wenn sie den Tod der Demokratien im Jahr 2015, dem Jahr von Trumps Aufstieg innerhalb seiner Partei vor der Vorwahl zur Präsidentschaftswahl, verorten. Außerdem affirmieren Levitsky und Ziblatt in ihrer Arbeit die verbreitete Annahme einer Überlegenheit der US-amerikanischen Demokratie und ihre Inszenierung als weltweit stärkste Macht zum Schutz der Demokratie.

Sowohl in Tillys als auch in Levitskys und Ziblatts Analyse werden die koloniale Vergangenheit und die imperiale Gegenwart relativiert, obwohl gerade hier die Widersprüche von Demokratien, die als langlebig, traditionell und beispielhaft gelten, entlarvt werden können. Die außenpolitischen Interventionen von demokratischen Nationalstaaten werden angesichts der hegemonialen Vorstellung von Anarchie im internationalen Kontext nicht als gültiger Indikator für die Achtung der Demokratie angesehen – weder von dem intervenierenden Staat noch von demjenigen, in den interveniert wird. Ebenso erhalten internationale Mechanismen zur Stärkung oder Subversion der Demokratie durch öffentliche oder private, zwischenstaatliche, staatliche oder nichtstaatliche Akteur*innen nicht die notwendige Aufmerksamkeit, die eine postkoloniale, neoliberale, globalisierte und multipolare Weltordnung für die Untersuchung von Demokratien heute erfordert. Die Art und Weise, wie Kolonialität und Imperialität ausgeübt werden, sich wandeln und dabei die demokratische Praxis beeinflussen, ist unmittelbar durch die Logik der Deterritorialisierung, Denationalisierung und Deregulierung der globalen Wirtschaft geprägt (vgl. Ballestrin 2017). Dies erfordert eine komplexere und dynamische Analyse von neuen Mustern der Ausbeutung und Herrschaft im Vergleich zum klassischen Kolonialismus und Imperialismus (vgl. Hurrell 2013). Das Problem der kolonialen Metamorphose und Komplexität erschwert es, diese Praktiken zu identifizieren sowie die Akteur*innen, die Macht in einer spezifisch kolonialen Form ausüben, zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzeitig gab und gibt es immer auch Formen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung, die nicht unbedingt mit Kolonialismus, Imperialismus oder der Moderne zusammenhängen.

Seit den 1970er Jahren wandeln sich der Kapitalismus und die Arbeitswelt grundlegend. Die Finanzialisierung des Kapitals, die Bildung von Megakonzernen, die Transnationalisierung der Wirtschaftseliten, die Schwächung der Gewerkschaften und die Entstehung des Prekariats sind nur einige Beispiele für die damit zusammenhängenden strukturellen Veränderungen, die sich auf wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten ausgewirkt sowie die Abhängigkeit und Unterordnung einzelner Staaten bedingt haben. Wenn also transnationale und globale Dynamiken immer bedeutsamer für die Analyse nationaler demokratischer Politik werden, reicht der Blick in einzelne Nationalstaaten und deren interne Dynamik für ein präzises Verständnis postkolonialer Ungleichheiten und deren Hindernisse für demokratische Autonomie nicht mehr aus. Diese Grundannahme wird sogar von kosmopolitischen Liberalen geteilt (vgl. Held 1995). Die zunehmende Kolonisierung der internationalen Wirtschaftssphäre und die damit verbundenen Auswirkungen auf das national organisierte politische Leben schwächt die Demokratie, indem sie die Prinzipien der Volkssouveränität und der Legitimation sowie der Zustimmung und der Kontrolle durch die Wähler*innen relativiert.

Abschließend ist festzustellen, dass die gegenwärtigen Veröffentlichungen zur Krise der Demokratien sich durch eine verständliche und auf eine breite Öffentlichkeit ausgerichtete Sprache auszeichnen. Gleichzeitig lässt sich eine zunehmende Loslösung von disziplinären Ansätzen der Politikwissenschaft beobachten, da die Interpretationen breiter angelegt sind

und ökonomische, migrationsbezogene, supranationale, identitätsbezogene und kommunikative Fragen umfassen. Diese Öffnung ist insofern interessant, als die Politikwissenschaft als Disziplin nicht in der Lage war, die Anzeichen der Krise zu erkennen und sie insgesamt vorherzusehen. In einem Großteil dieser Literatur wird die liberale Demokratie verteidigt, während die von der Krise betroffenen Länder des Globalen Südens schlicht außer Acht gelassen werden – neben Brasilien betrifft dies Südafrika, Chile, die Philippinen, Indien und weitere Postkolonien.

2. Entdemokratisierung im Globalen Süden: die analytische Bedeutung postkolonialer Ungleichheiten

Während des 20. Jahrhunderts wurde die Bedeutung von Politik und Demokratie von der hegemonialen politikwissenschaftlichen Literatur sowohl eingegrenzt als auch reduziert. Es ging darum, die Politik als ein autonomes und spezifisches Gebiet zu etablieren, das kaum durchlässig für fremde beziehungsweise äußerliche Dynamiken ist. Die Demokratie wiederum wurde von einer strikt politischen Definition her gedacht, wobei weitere Elemente, die dem Charakter der Disziplin und ihrem Forschungsbereich nicht entsprachen, als unzulässig erachtet wurden. Dies führt bis heute dazu, dass strukturellen historischen (wie Ungleichheit und Gewalt) oder eher konjunkturellen Elementen (wie Arbeitslosigkeit und Analphabetismus) ein nur geringer Einfluss auf die Dynamik und auf das Funktionieren von Demokratien zugebilligt wird. Gleichwohl wurde die Frage von Ungleichheit und Staatsbürger*innenschaft in einigen Versuchen, die Theorien der Demokratie und der Demokratisierung weiterzuentwickeln, zumindest teilweise berücksichtigt. Besonders bemerkenswert sind hierbei die Bemühungen des argentinischen Politikwissenschaftlers Guillermo O'Donnell (vgl. UNDP 2004; O'Donnell 2007; Tilly 2007). Aktuell werden auch geschlechtsspezifische Ungleichheiten in die Analyse von Demokratien einbezogen, um etwa die Gleichverteilung der politischen Macht innerhalb liberaler Demokratien zu verstehen oder das Verhältnis zwischen dem regressiven und aggressiven Charakter der gegenwärtigen Krise und dem Ziel einer umfassenden Inklusion verschiedener sozialer Perspektiven zu erfassen (vgl. Della Porta 2017). In ähnlicher Weise ergeben sich auch aus der Berücksichtigung postkolonialer Ungleichheiten verschiedene analytische und interpretative Dimensionen, die zu einem Verständnis zeitgenössischer Entdemokratisierungsprozesse beitragen können.

Die Anerkennung der Bedeutung postkolonialer globaler Ungleichheiten fordert die traditionellen disziplinären Kategorien für die Analyse demokratischer Politik heraus. Insbesondere erscheint die Berücksichtigung von ausschließlich politischen Aspekten innerhalb des Nationalstaats, seien sie institutioneller oder kultureller Art, angesichts der Interaktion und des Einflusses von Variablen unterschiedlicher Ordnung und Beschaffenheit als unzureichend. Zwar ließe sich argumentieren, dass die Beschränkung und Auswahl dieser Variablen eine Analyse überhaupt ermöglicht und durch die wissenschaftliche Arbeitsteilung bedingt ist. Gleichzeitig aber erfordern die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten eine größere disziplinäre Offenheit der Geistes- und Sozialwissenschaften für Dialoge und Ansätze, die sie dazu befähigen, den gegenwärtigen Herausforderungen auf Augenhöhe zu begegnen. Innerhalb der Politikwissenschaft wird diese Öffnung vor allem

durch die Subdisziplin der Politischen Theorie angestoßen, womit dieser eine herausgehobene, durch Pluralität und Kreativität gekennzeichnete Stellung zuzumessen ist (vgl. Dryzek/Honig/Phillips 2006). In der Analyse der aktuellen Demokratiekrise hat insbesondere die neomarxistische und foucaultianische kritische Literatur den Neoliberalismus als das wichtigste entdemokratisierende Element im Westen identifiziert (vgl. Brown 2015; 2019). Obwohl die Debatte über die Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts geführt wird, neigt der politikwissenschaftliche Mainstream noch immer dazu, Ungleichheiten, die nicht politischen Ursprungs sind, bei der Analyse demokratischer Regime außer Acht zu lassen. Die Politische Theorie setzt sich hingegen mit den Disziplinen der Geschichte und Philosophie auseinander, weswegen sie in der Lage ist, auch weitere Bereiche der Politikwissenschaft zu inspirieren.

Die Erneuerung der zeitgenössischen Politischen Theorie seit den 1970er Jahren hat die moralische und philosophische Beschäftigung des politischen Liberalismus mit der Frage der politischen Gleichheit anhand sozialer Ungleichheiten wieder aufgegriffen. Im Zuge dessen hat sich der Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit zur legitimen Frage der liberalen Demokratie entwickelt. Sie bildet den Hintergrund der international geführten Debatten zur Verteidigung der Tobin-Steuer und zum Anspruch auf ein Mindesteinkommen sowie der Problematisierung globaler Ungleichheiten. Selbst liberale Autor*innen wie Robert Dahl (1998) konnten die negativen Effekte benennen, die die freie Marktwirtschaft für politische Gleichheit als Grundpfeiler der Demokratie bedeutet. In dem Maße, in dem der Marktkapitalismus die Ungleichverteilung verschiedener Ressourcen – unter anderem von Reichtum, Bildung, Information und Rechten – verstärkt, setzt er gleichzeitig eine Grenze für die Demokratisierung von Gesellschaften. Adam Przeworski (2020) hat bislang die beste Analyse der Krisen der Demokratie vorgelegt. Aus seiner Erkenntnis, dass eine Isolierung von Politik und Institutionen der Diagnose der Krise und ihres historischen Ursprungs abträglich ist, zieht er den bescheidenen Schluss: „Wir haben es nicht einfach mit einer politischen Krise zu tun; diese Krise hat tiefe ökonomische und gesellschaftliche Wurzeln. Das ist es, was mir Sorgen bereitet“ (Przeworski 2020: 237). Besonders bemerkenswert ist an dieser intellektuellen Haltung, dass sie die Unfähigkeit und die Grenzen des disziplinären Wissens angesichts der noch unbekannt Dimensionen eines laufenden Phänomens anerkennt, dessen Abschluss nicht absehbar ist.

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass die aktuelle Krise der liberalen Demokratie für eine Vielzahl an Interpretationen offen ist. Sie kann nicht nur als Krise der Repräsentation, der Parteien oder als Misstrauen gegen die Politik verstanden werden, sondern auch als politische und strukturelle Krise zeitlich und räumlich veralteter historischer Modelle und institutioneller Erfahrungen, die nicht in der Lage sind, sich zu erneuern beziehungsweise der Komplexität und Heterogenität heutiger Gesellschaften zu entsprechen. Es handelt sich letzten Endes um eine umfassendere Krise des Westens, des Anglo-Eurozentrismus, der kolonialen Moderne und ihrer tiefsten und akutesten Widersprüche. Sie offenbart eine Reihe von Ungleichgewichten, Fehlansrichtungen und Spannungen, die durch die Hegemonie des Neoliberalismus als Wirtschaftsordnung, als spezifische Rationalitätsform und als Politische Theorie hervorgebracht werden (vgl. Brown 2015; Slobodian 2019). Der Kampf zwischen Demokratie und Neoliberalismus ist auch ein Kampf zwischen Politik und Wirtschaft, Volk (Volkssouveränität) und Elite (Regierung), dem Nationalen und dem Globalen. Die postdemokratische Realität ist verbunden mit der Privatisierung der politischen Macht durch die wirtschaftliche Macht auf globaler Ebene, deren Hauptmerkmal die Untergrabung

der Demokratie mittels ihrer eigenen Institutionen, Diskurse und Praktiken ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das verspätete und wachsende Interesse des Globalen Nordens an der durch den Neoliberalismus ausgelösten Entkopplung zwischen den Erfordernissen der Marktwirtschaft und denjenigen der demokratischen Politik. Insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise ab 2008 intensivierte sich der Prozess einer ungewissen und bislang unbekanntem Verschiebung der Realität von Demokratien. Erst als die Zentren zum ersten Mal die alten Dilemmata der globalen Peripherien zu erfahren begannen, wurde der Neoliberalismus als entdemokratisierende Kraft in der liberalen Demokratie identifiziert (vgl. Pérez-Liñán 2017). Die Debatte der Postdemokratie hätte also bereits durch die lateinamerikanischen Erfahrungen vorweggenommen werden können, wenn dem Verhältnis zwischen Demokratie, Neoliberalismus und Liberalismus bereits zuvor Beachtung geschenkt worden wäre.

Lateinamerika hat die Widersprüche des Liberalismus bereits seit seiner modernen/kolonialen Gründung erfahren. Als sich die liberalen und demokratischen Institutionen in den Metropolen herausbildeten, wurden zeitgleich in den Kolonien die antidemokratischen und antiliberalen Institutionen des Kolonialismus und der Versklavung entwickelt. Der postkoloniale Zustand hatte Auswirkungen auf die Entwicklung des Liberalismus, der Demokratie und des Neoliberalismus, weswegen die Diagnose der Postdemokratie nicht verallgemeinerbar ist. Das heißt, dass die liberale Autophagie, sprich die Selbstzerstörung der Politik durch die Wirtschaft, bereits in der republikanischen und demokratischen Grundlage vieler postkolonialer Gesellschaften vorhanden war. Die Verletzlichkeit ihrer abhängigen Volkswirtschaften, die Realität ihrer strukturellen Ungleichheiten und das Ausmaß des Phänomens der Gewalt sind nicht ausschließlich aus internen, innerstaatlichen oder nationalen Dynamiken entstanden. Vielmehr stellen selbst die territorialen Grenzziehungen in diesen Kontexten eine historische Konstruktion dar, die durch die kolonialen und die globalen imperialen Beziehungen hervorgebracht wurde. Bis in die 1930er Jahre herrschten in Lateinamerika konkurrierende oligarchische Regime. Sie wurden abgelöst durch das Auftreten von hybriden, halbdemokratischen, demokratischen und autoritären Regimen sowie lange Zeiträume des politischen Übergangs (vgl. Hartlyn/Valenzuela 1995). Das neoliberale Experiment wurde in Lateinamerika erstmals im Rahmen einer der gewalttätigsten Militärdiktaturen der Region erprobt, die auf den Putsch gegen Salvador Allende in Santiago de Chile im Jahr 1973 folgte. Hier war es also der militärische Autoritarismus, der das neoliberale Projekt von Augusto Pinochet absicherte – und eine gänzlich undemokratische Erfahrung einläutete. Fast zwei Jahrzehnte später, als sich die institutionelle Grundstruktur der lateinamerikanischen Demokratien zu festigen begann, wurde die neoliberale Agenda in vielen dieser Länder umgesetzt. Mit ihrem Einfluss wurden die Errungenschaften einer Festigung der Staatsbürger*innenschaft und der Stärkung sozialer Rechte und in der Folge der Demokratisierungsprozess insgesamt unterminiert.

Es ist kein Zufall, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts in mehreren lateinamerikanischen Ländern Regierungen gewählt wurden, die dem Neoliberalismus der 1990er Jahre kritisch gegenüberstanden und eine Bewegung auslösten, die als *Left Turn* oder *Post-neoliberalism* bekannt wurde (vgl. Castañeda 2006; Kaltwasser 2011). Zum ersten Mal in der Geschichte der Region wurde die demokratische Machtübernahme der linken Oppositionsparteien von der politischen und wirtschaftlichen Elite toleriert und von der Androhung unterdrückender Maßnahmen abgesehen. Angesichts der vorherigen Verfolgung der Mitglieder dieser neuen Regierungen durch die zivil-militärischen Diktaturen stellte ihre Wahl nun den letzten sym-

bolischen Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung der Demokratie dar. Obwohl der Neoliberalismus in diesen Regierungen auf unterschiedliche Weise fortbestand, wurden zugleich auch staatliche Umverteilungsmaßnahmen eingeführt, die sich positiv auf den Abbau postkolonialer Ungleichheiten auswirkten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Geschichte des Neoliberalismus in Lateinamerika – und insbesondere die chilenische Erfahrung – seine Vereinbarkeit mit dem Autoritarismus und Konservatismus vorweggenommen hat. Auch später hatte der Neoliberalismus noch einen erheblichen Einfluss auf den Übergang zur Demokratie und ihre Konsolidierung in vielen Ländern der Region.

Gerade aus diesem Grund wird von Akademiker*innen und den sozialen Bewegungen in Lateinamerika spätestens seit den 1990er Jahren eine nachdrückliche Kritik am Neoliberalismus formuliert. Gleichzeitig fanden in mehreren Ländern Experimente und Innovationen im Bereich der partizipativen Demokratie statt, die mit einer Öffnung des Staates und dem Engagement breiter Sektoren der Zivilgesellschaft einhergingen (vgl. Dagnino/Olvera/Panfichi 2006). Dies zeigt, dass ein demokratischer Aufbauprozess in den Ländern des Globalen Südens nicht nur möglich ist, sondern auch neu und kreativ sein kann und sogar den Globalen Norden zu neuen Konzepten und Modellen inspiriert (vgl. Oliveira 2016). Lateinamerika hat allerdings nicht nur eine zentrale Rolle bei der Internationalisierung der Agenda für partizipative Demokratie gespielt, sondern zugleich auch den Ansatz der Dekolonisierung rehabilitiert und mit einer Gerechtigkeitsvorstellung verknüpft. In den letzten zwei Jahrzehnten bildet so die Begeisterung für den demokratischen Experimentalismus einen Kontrast zur früheren Pendelbewegung der demokratischen Erfahrungen in Lateinamerika. Dieser Enthusiasmus befindet sich jedoch spätestens seit dem parlamentarischen Putsch in Paraguay im Jahr 2012 im Rückgang. Die für den Neoliberalismus typische Fähigkeit, Antagonismen zu neutralisieren und alternative Projekte zu hemmen, ist in den jüngsten demokratischen Brüchen in der Region ebenso vorhanden wie sie dies bei der Abschwächung des Potenzials der partizipativen Demokratie durch die Entpolitisierung der Zivilgesellschaft in den frühen 2000er Jahren der Fall war.

Die Heterodoxie oder Abweichung von den vorgesehenen Entwicklungslinien des Kapitalismus, des Liberalismus, des Neoliberalismus und der Demokratie stellt in vielen postkolonialen Gesellschaften das Experiment der liberalen Demokratie selbst in Frage, da sich gezeigt hat, dass sie potenziell mit antidemokratischen und antiliberalen Dynamiken koexistieren kann. Auch die Kontinuität und Resilienz der kolonialen Macht – die Kolonialität der Macht (vgl. Quijano 2016) – ist in diese Entwicklungsgeschichte eingewoben. Aufgrund seiner historischen Widersprüche war also der Liberalismus, wie er sich in vielen peripheren und semiperipheren Ländern entwickelte, nicht zwingend mit Demokratie verknüpft. Liberalismus und Autoritarismus haben vielmehr in Lateinamerika in einem Großteil der Geschichte des 20. Jahrhunderts koexistiert und eine postkoloniale Dynamik gebildet.

Generell scheint die vergleichende Politikwissenschaft nicht in der Lage, als außerpolitisch und außerinstitutionell verstandene Elemente in ihrer globalen Forschung zu berücksichtigen. Dies hat zur Folge, dass Ansätze, die die geringe Identifikation mit demokratischen Werten oder das hohe Maß an Misstrauen gegenüber der Politik im Globalen Süden zu erklären suchen, oftmals zu verzerrten Ergebnissen gelangen. Im Namen der wissenschaftlichen Strenge werden dabei eine Reihe von Variablen und Faktoren, die für ein Erfassen der demokratischen Entwicklung relevant sind, außer Acht gelassen. Dies betrifft insbesondere die Analyse von Ländern, die bereits vor der Existenz des Begriffes der Postdemokratie mit dem Zusammenschluss zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus konfrontiert waren.

Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise mit Blick auf den analytischen Vorschlag Dahls (1977) festzustellen, dass dieser zwar durch seine Abkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie über solche Ansätze hinausgeht, die die „Dritte Welt“ zum Autoritarismus verdammen. Allerdings steht einem vollständigen theoretischen Einbezug der postkolonialen demokratischen Welt weiterhin entgegen, dass strukturelle Ungleichheiten und strukturelle Gewalt als Erbe des europäischen Kolonialismus unberücksichtigt bleiben.

Das Spannungsverhältnis zwischen Postkolonialismus und liberaler Demokratie wurde in der vergleichenden Forschung zur Demokratisierung nur selten untersucht. Verwiesen wird meist lediglich auf die formale Überwindung der Kolonialzeit, die eine Vermehrung der Anzahl an unabhängigen Ländern in der internationalen Gemeinschaft zur Folge hatte und durch welche die Einleitung der dritten Demokratisierungswelle gefördert wurde. Die durch den Kolonialismus hervorgebrachten Ungleichheiten können allerdings nicht auf die systemische zwischenstaatliche Ebene reduziert werden. Vielmehr haben sie – und das ist charakteristisch für den Kolonialismus – je nach Kontext verschiedene Formen von Gewalt und wirtschaftlicher Ausbeutung erzeugt oder verstärkt, welche wiederum die Bedingungen einer Entwicklung der politischen Demokratie und der Autonomie von Subjekten einschränkt haben. Aus diesem Argument folgt allerdings nicht, dass postkoloniale Gesellschaften zum Autoritarismus verdammt sind. Ganz im Gegenteil geht es darum aufzuzeigen, dass die Ungleichheiten, die bestimmte Länder, Nationen und Subjekte beeinträchtigen und ihren Ursprung im Kolonialismus haben, in das Konzept der „real existierenden Demokratien“ einbezogen werden müssen. Denn die Institutionen der liberalen Demokratie können und dürfen nicht nur ausgehend von denjenigen Realitäten analysiert oder entworfen werden, die in den Kontexten vorhanden sind, in denen Demokratietheorie entsteht.

So trägt das Verhältnis zwischen postkolonialen Ungleichheiten und der Dynamik der Demokratisierung/Entdemokratisierung zur Problematisierung der historischen Unbeständigkeit und Instabilität demokratischer politischer Regime insbesondere im Globalen Süden bei. Die Erfassung dieser Ungleichheiten und ihres Zusammenhangs mit demokratischem Wandel und Umbruch ist keineswegs leicht operationalisierbar und bedarf einer kollektiven theoretischen Anstrengung. Dies zeigt sich schon daran, dass viele bestehende Konzepte der postkolonialen und dekolonialen Kritik, wie etwa der Begriff der Kolonialität der Macht (vgl. Quijano 2016), analytisch nur schwer greifbar sind. Auch sind wirtschaftliche Zwänge, strukturelle Gewalt und das historische Wiederauftreten kolonialer Effekte, die in postkolonialen Gesellschaften fortbestehen, nicht ohne Weiteres sichtbar oder empirisch beobachtbar. Angesichts der Entstehung neuer Dimensionen und Interaktionsmuster in der globalen Gesellschaft, die die Funktionsweise der Demokratien beeinflussen, erscheint allerdings die Einbeziehung der Globalität, der postkolonialen Ungleichheiten und des Globalen Südens in die analytische Landkarte der demokratischen Krise als unerlässlich für den Aufbau „demodiverster“ (Sousa Santos/Mendes 2021) Interventionen und Interpretationen der Krise.

Teilweise relativieren Gruppen, die von kolonialer Gewalt und ihren verschiedenen Reaktualisierungen betroffen sind, die Existenz demokratischer Brüche, da sie kein Vertrauen in das Transformationspotenzial der in postkolonialen Gesellschaften real existierenden Demokratien haben. Dabei wird allerdings übersehen, dass erst durch jene Pendelbewegung der Demokratien des Globalen Südens in entscheidenden historischen Momenten ein Repertoire demokratischen Widerstands entwickelt werden konnte, das von grundlegender Bedeutung für die Förderung von Rechten und Kämpfen um Gerechtigkeit ist. Dies zeigt, dass die Demokratie als ein unverzichtbares Prinzip für postkoloniale und dekoloniale Projekte ver-

standen werden muss. Der nächste Abschnitt knüpft an diese Einsicht an und erweitert sie durch eine kurze Untersuchung des heiklen Verhältnisses zwischen Postkolonialismus, Dekolonisierung und Demokratie.

3. Eine postkoloniale Interpretation der Krise der Demokratie: vom Antagonismus zur Annäherung zwischen Dekolonisierung und Demokratie

Real existierende Demokratien und Liberalismen waren in ihrer transatlantischen Entstehung oder Umsetzung von Anfang an selektiv und einseitig. Die Kosten der gewalttätigen Tradition des Kolonialismus bestehen nicht nur in der zeitlich unermesslich wirkenden Zerstörung von Leben und Subjektivität, sondern auch in der Verschleierung von parallelen und miteinander verflochtenen Geschichten, die es dem Kolonialismus ermöglicht haben, als ein System zu funktionieren. Die hieraus resultierende postkoloniale Skepsis gegenüber der Idee der Demokratie wird eindrücklich etwa von Achille Mbembe formuliert. Er stellt fest, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, das mythische Land der liberalen Demokratie, ein demokratischer Sklavenstaat war, eine im wahrsten Sinne des Wortes rassistische Demokratie (vgl. Mbembe 2017: 36). Moderne Demokratien besitzen für Mbembe daher eine Tag- und eine Nachtseite. Die Nachtseite verdeckt die demokratische Toleranz durch Formen von Gewalt und Brutalität; ihre wichtigsten Symbole stellen die Kolonialreiche und Sklavenstaaten dar. Die Existenz beider Seiten der Demokratie bietet allerdings noch keine Antwort auf die Nekropolitik, verstanden als „eine Lektüre der Politik als Werk des Todes“ (Mbembe 2011: 67), in der die souveräne Gewalt das Recht zu töten innehat. Erst die Rekonstruktion der Grenzen der Politik und der Souveränität erlaubt es Mbembe, „zeitgenössische Formen der Unterwerfung des Lebens unter die Macht des Todes“ (ebd.: 89) philosophisch zu untersuchen. So versuchen die Konzepte der Nekropolitik und der Nekromacht, die „verallgemeinerte Instrumentalisierung der menschlichen Existenz und die materielle Zerstörung menschlicher Körper und Bevölkerungen“ zu erfassen (ebd.: 65). Beide beschreiben auch

„die Vielzahl der Arten und Weisen [...], wie in unserer zeitgenössischen Welt Waffen im Dienste einer maximalen Vernichtung von Personen zum Einsatz kommen und die Schaffung von *Todeswelten* befördern – neue und einzigartige Formen der sozialen Existenz, bei der riesige Bevölkerungen Lebensbedingungen unterworfen werden, die sie in den Status *lebendiger Toter* versetzen“ (ebd.: 89, Hervorhebung im Original).

Anhand dieser Gegengeschichte der liberalen Demokratie werden die Grundlagen und Ursprungsmythen der Demokratie und des Liberalismus in Frage gestellt und mit dem Schrecken des Kolonialismus in Verbindung gebracht. Durch ihre Koexistenz als politische und historische Phänomene in den ehemaligen Metropolen konnten „imperiale liberale Demokratien“ (vgl. Stovall 2013) entstehen. Die Entwicklung liberaler Demokratien im Großteil der ehemaligen Kolonien wird wiederum von Hindernissen begleitet, die auf die Geschichte der kolonialen Gewalt und die Herausbildung struktureller Ungleichheiten zurückzuführen sind. Diese Perspektive begründet die Kritik an der begrenzten Fähigkeit der liberalen Demokratie, Gleichheit in den postkolonialen Gesellschaften zu verwirklichen. Das Spannungsverhältnis

zwischen Kolonialismus, Liberalismus und Demokratie ist daher auch immer häufiger Gegenstand der Analysen des postkolonialen Revisionismus.⁴

Grundsätzlich ist es das Ziel einer postkolonialen Lesart der liberalen Demokratie, auf das ständige Vorhandensein der Möglichkeit von Gewalt aufmerksam zu machen und den Mythos des demokratischen Friedens, demzufolge Demokratien untereinander keine Kriege führen, zu dekonstruieren. Sie ermöglicht es, die vergangene und gegenwärtige Bedeutung des Konzepts der Volkssouveränität und des von der Geschichte und den Theorien der Demokratie privilegierten demokratischen Subjekts zu hinterfragen. Durch die Formulierung einer postkolonialen Kritik der liberalen Demokratie wird die historische Erzählung des demokratischen Fortschritts im Westen sowohl mit Blick auf die ehemaligen Metropolen als auch bezüglich der ehemaligen Kolonien auf den Kopf gestellt. Diese Desorganisation führt allerdings nicht zur Verabschiedung der Demokratietheorie, sondern ermöglicht vielmehr ihre Rekonstruktion. Demokratische und gewaltfreie Projekte, die nach Gerechtigkeit streben, sind also mit der Infragestellung der kolonialen Gewalt und ihrer Erbschaft vereinbar. Eine solche Infragestellung scheint außerhalb der Demokratie gar nicht erst möglich zu sein.

Antikoloniale, postkoloniale und dekoloniale Ansätze sind aus den unterschiedlichsten Gründen misstrauisch gegenüber der Demokratie, etwa wegen ihrer Verbindung zur westlichen Moderne, ihrer Mobilisierung für neokoloniale und neoimperiale Zwecke und ihrer Koexistenz mit Rassismus und Versklavung innerhalb oder außerhalb nationaler Territorien. Allerdings erschöpft sich die Demokratie nicht in dieser Kritik, sodass aus ihr nicht die Verwerfung der Demokratie als normatives Prinzip für die Gestaltung politischer Ordnung folgen kann. Vielmehr müssen sowohl Dekolonisierung als auch Demokratie als konfliktreiche und unvollständige Projekte verstanden werden. Erst durch die Anerkennung des Spielraums, der sich aus dieser Unvollständigkeit ergibt, und durch die Kritik am Neoliberalismus und an der Nekropolitik wird es ihnen möglich, ihren jeweiligen Horizont zu erweitern. Wenn Kolonialismus und Autoritarismus zwei Seiten derselben Medaille darstellen, dann kann dies auch auf Dekolonisierung und Demokratie zutreffen, sodass die Koexistenz von Demokratie und Kolonialismus unvereinbar wird. Wenn die demokratische Dimension die Antithese zum Faschismus schlechthin ist, dann muss sie auch die Antithese zum Kolonialismus sein.

Kolonialismus und liberale Demokratie sind Analysegegenstände *par excellence* sowohl der postkolonialen als auch der Demokratietheorie. Während sich erstere durch ihre kritische Haltung gegenüber dem Kolonialismus auszeichnet, widmet sich letztere der Verteidigung verschiedener Demokratiemodelle. Durch diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung war die postkoloniale Kritik nicht in der Lage, eine postkoloniale Perspektive der Demokratie zu entwickeln, so wie es auch der Demokratietheorie nicht gelingen konnte, eine postkoloniale demokratische Perspektive hervorzubringen. Diese Einsicht offenbart, dass das Zusammenreffen von Dekolonisierung und Demokratie eine bemerkenswerte Gelegenheit bietet, eine gemeinsame, konstruktive und komplementäre Agenda zwischen postkolonialer Theorie und Demokratietheorie zu fördern und dadurch eine notwendige Aktualisierung beider Theorieansätze vorzunehmen. Diese ist aufseiten des demokratischen Projekts ohne die Einbeziehung

4 Der Postkolonialismus greift stets auf einen kritischen Geschichtsrevisionismus zurück, um eine „Gegengeschichte“ beziehungsweise eine „Geschichte gegen den Strich“ eines bestimmten Phänomens, eines Prozesses, eines Ereignisses oder einer theoretischen Strömung anzubieten – vor allem solcher, die ihren Ursprung in der Geschichte des modernen Kolonialismus und Imperialismus sowie in deren Widersprüchen haben oder von ihnen geprägt sind (vgl. Huggan 2013).

postkolonialer Gesellschaften und ihrer real existierenden liberalen Demokratien nicht denkbar. Umgekehrt kann eine Aktualisierung des dekolonialen Projekts wiederum nicht ohne den – bisher aufgrund historischer Kontingenzen theoretisch vernachlässigten – demokratischen Horizont gedacht werden. Ein solch wechselseitig konstruktiver Austausch zwischen postkolonialen und demokratischen Ansätzen vermag beide Theorieansätze normativ zu stärken: Den Postkolonialismus, da dieser sich bislang nicht eindeutig gegenüber dem demokratischen Projekt verpflichtet hat; die Demokratietheorien, da sich diese bisher nicht mit der kolonialen Differenz und postkolonialen Ungleichheiten auseinandergesetzt haben. Durch die Gegenüberstellung der normativen Prinzipien beider theoretischen Felder wird es möglich, ihre Potenziale und Grenzen hinsichtlich der Bekämpfung von Ungleichheiten, der Ausweitung von Gerechtigkeit und der Förderung des demokratischen Projekts zu ermitteln. Dabei eröffnet gerade das Auseinanderfallen von Demokratie und Liberalismus in der aktuellen Krise die Möglichkeit einer Einbeziehung und Anerkennung anderer, nicht ausschließlich liberaler demokratischer Formen.

Der Schaffung neuer Modelle und Institutionen muss normativ nicht nur die Idee der „Demodiversität“ (Sousa Santos/Mendes 2021) zu Grunde gelegt werden, sondern auch eine tiefgreifende Reflexion über unverzichtbare und untrennbar verbundene Werte demokratischer Institutionen, Praktiken und Lebensformen. Die Selektivität und Einseitigkeit dieser Werte sind Erschöpfungssymptome, die nur durch schwierige, aber nicht völlig unmögliche Anstrengungen wiederhergestellt werden können. Da demokratische Brüche nicht nur innerhalb der Politik und deren Institutionen auftreten, müssen Modelle, die sich der Aufgabe ihrer Erneuerung annehmen möchten, weitere Aspekte in den Blick nehmen. Die Notwendigkeit, das demokratische Repertoire über das institutionelle Grundgerüst der politischen Demokratie hinaus zu erweitern, wird immer relevanter. Die mit postkolonialen Ungleichheiten, Gewalt, Ungerechtigkeit und Exklusion zusammenhängenden Fragen sind dabei von grundlegender Bedeutung, um über Entdemokratisierungsprozesse in den Demokratien des Globalen Südens nachzudenken. Denn Letztere informieren Verhaltensweisen, die damit rechnen können, dass auf den Bruch mit dem Minimalkonsens demokratischer Toleranz nur geringfügige Konsequenzen folgen.

Schließlich bietet die Krise eine Gelegenheit, das Verhältnis zwischen Postkolonialismus und Demokratie, Liberalismus und Dekolonisierung zu überdenken. Um die Prozesse der Entdemokratisierung in bestimmten Ländern des Globalen Südens zu verstehen, muss der Einfluss der Kolonialität der Macht auf die Verwirklichung der Demokratie in die Analyse einbezogen werden. Hierfür müssen Dimensionen des Entdemokratisierungsprozesses in demokratischen Kontexten, in denen ein hohes Maß an materiellen Ungleichheiten und Gewaltformen vorherrscht, herausgearbeitet werden. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Der derzeitige Entdemokratisierungsprozess in Brasilien hat zu einem Anstieg von an Hunger leidenden Menschen, Verarmung, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit sowie von Gewalt gegen Frauen und indigene Gemeinschaften und zur Zerstörung von Naturschutzgebieten geführt. Keines dieser sozialen Probleme ist ausschließlich in Gesellschaften des Globalen Südens vorhanden, doch weisen sie eine Art kausalen Zusammenhang mit dem aktuellen politischen Regimewechsel auf. Autoritarismus und Faschismus sind mit dem Kolonialismus verbunden, welche mit dem Prinzip der Demokratie konfrontiert werden müssen.

4. Schlussbetrachtungen

Das Zusammenfließen verschiedener Krisen und ihre Verschärfung durch die Pandemie stellt eine Herausforderung für die Geistes- und Sozialwissenschaften als Ganzes dar. Insbesondere die Krise der Demokratie betrifft Kernfragen der Disziplin. Dabei hat sich die aktuelle Debatte bislang vor allem mit der Frage beschäftigt, warum demokratische Institutionen unter Aufrechterhaltung ihrer Form antidemokratische Ergebnisse zeitigen und damit ihren eigentlichen Kern – die Volkssouveränität – unterwandern konnten. Die Tatsache, dass der Autoritarismus im Inneren des liberalen Modells repräsentativer Demokratie gelenkt, beherbergt und reproduziert wird, steht in direktem Verhältnis zu den Grenzen, Widersprüchen und Konflikten des Liberalismus und schwächt das seit den 1990er Jahren hegemoniale Narrativ der Demokratie.

Im vorliegenden Beitrag wurde argumentiert, dass die Abwesenheit des Globalen Südens beträchtliche Auswirkungen auf die Diagnose der Krise der Demokratien in der Politischen Theorie hat, was auf die Reproduktion eines methodologischen Anglo-Eurozentrismus sowie einen einseitigen normativen Liberalismus zurückführen ist. Es wurde aufgezeigt, dass die Bearbeitung des Zusammenhangs von Demokratie und globalen Ungleichheiten mittels einer postkolonialen Kritik das Verständnis für die Prozesse der demokratischen Subversion von Demokratien im Süden und Norden in analytischer Hinsicht erweitern kann. Daraus konnte geschlossen werden, dass eine Berücksichtigung der globalen Dimension aus kritischer Perspektive es ermöglicht, die Problematik der postkolonialen Ungleichheiten in die Analyse von Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozessen einzubeziehen. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Demokratie auf globaler Ebene setzt voraus, die Bedeutung von Nord-Süd-Dynamiken und die Besonderheiten des Globalen Südens in diesem Zusammenhang anzuerkennen, und zwar im Hinblick auf die Begrenzungen als auch auf die Möglichkeiten einer Demokratisierung in den Ländern des Globalen Südens. Das Verständnis begrifflicher Paradoxien, historischer Erfahrungen und kontextueller Besonderheiten postkolonialer Gesellschaften erweist sich somit als wesentlich für die Politische Theorie im Allgemeinen und die Demokratietheorie im Besonderen.

Der Vorschlag einer Geopolitisierung der Debatte über Demokratisierung und Entdemokratisierung in postkolonialen Gesellschaften erfordert die Anerkennung des Anglo-Eurozentrismus und des Liberalismus durch einen wesentlichen Teil der bestehenden Theorieangebote. Dabei muss die Vorstellung über die konstitutiven Grundlagen von Demokratie und Politik über ihre traditionellen Institutionen hinaus erweitert werden. Ein demokratisches Projekt, das auch für Variablen empfänglich ist, die dem politischen und institutionellen Feld exogen sind, erfordert eine Erweiterung des interpretativen und normativen Horizonts. Dieser muss die entdemokratisierenden Veränderungen und Dynamiken, wie sie von einigen Ländern des Globalen Südens bereits vorweggenommen wurden, berücksichtigen. Dabei erfüllt die Geopolitisierung der Theorien der Krise der Demokratie eine analytische Funktion – durch den Einbezug postkolonialer Ungleichheiten – und eine theoretische Funktion – durch die Politisierung der Theorie. Entgegen dem Begriff der Krise der Demokratie erweist sich derjenige der Entdemokratisierung als vielversprechend und normativ weniger anglo-eurozentrisch, da er die postkolonialen Besonderheiten im Rahmen globaler Ungleichheiten (Globalität) berücksichtigt. Gleichzeitig wurde hier vorgeschlagen, dass die Prinzipien der Dekolonisierung und der Demokratie in theoretisch-normativer Hinsicht nicht nur in einem antagonistischen, sondern auch in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen

können. Der Ansatz demokratischer Dekolonisierung politisiert das Recht auf Leben und seine Affirmation aus einer nicht-liberalen Perspektive. Dies ist allerdings ein Gedanke für eine Fortsetzung der Debatte um die Krise liberaler Demokratien, den es im Einzelnen an anderer Stelle auszuführen gilt.

Literatur

- Amelina, Anna / Boatecă, Manuela / Bongaerts, Gregor / Weiß, Anja, 2021: Theorizing Societalization Across Borders. *Globality, Transnationality, Postcoloniality*. In: *Current Sociology* 69 (3), 303–314.
- Avritzer, Leonardo, 1996: *A moralidade da democracia*, São Paulo.
- Avritzer, Leonardo, 2019: *O pêndulo da democracia*, São Paulo.
- Badie, Bertrand / Hermet, Guy, 1993: *Política Comparada*, México.
- Ballestrin, Luciana, 2017: Can Modernity/ Coloniality Exist without ‚Imperiality‘? The Missing Link in the Decolonial Turn. In: *Dados, Revista de Ciências Sociais* 60 (2), 505–540.
- Brown, Wendy, 2015: *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin.
- Brown, Wendy, 2019: *In the Ruins of Neoliberalism. The Rise of Antidemocratic Politics in the West*, Cambridge.
- Castañeda, Jorge, 2006: Latin America’s Left Turn. In: *Foreign Affairs* 85 (3), 28–43.
- Castells, Manuel, 2018: *Rupture: The Crisis of Liberal Democracy*, Cambridge.
- Crouch, Colin, 2004: *Post-Democracy*, Cambridge.
- Dados, Nour / Connell, Raewyn, 2012: The Global South. In: *Contexts* 11 (1), 12–13.
- Dagnino, Evelina / Olvera, Alberto / Panfichi, Aldo, 2006 (Hg.): *A Disputa pela Construção Democrática na América Latina*, Rio de Janeiro.
- Dahl, Robert A., 1977: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven.
- Dahl, Robert A., 1998: *On Democracy*, New Haven.
- Della Porta, Donatella, 2017: Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus. In: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression: eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin, 57–76.
- Diamond, Larry, 2015: Facing Up to the Democratic Recession. In: *Journal of Democracy* 26 (1), 141–155.
- Dryzek, John / Honig, Bonnie / Phillips, Anne, 2006 (Hg.): Introduction. *The Oxford Handbook of Political Theory*, Oxford, 1–34.
- Fraser, Nancy, 2010: *Scales of Justice: Reimagining Political Space in a Globalizing World*, New York.
- Fraser, Nancy, 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression: eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin, 77–92.
- Grovogui, Siba, 2011: A Revolution Nonetheless: The Global South in International Relations. In: *The Global South* 5 (1), 175–190.
- Hartlyn, Jonathan / Valenzuela, Arturo, 1995: Democracy in Latin America since 1930. In: Leslie Bethell (Hg.), *The Cambridge History of Latin America. Volume 6. 1930 to the Present, Part 2: Politics and Society*, Cambridge.
- Held, David, 1995: *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Stanford.
- Huggan, Graham, 2013: General Introduction. In: Ders. (Hg.), *The Oxford Handbook of Postcolonial Studies*, Oxford, 1–29.

- Huntington, Samuel, 1993: *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Norman.
- Hurrell, Andrew, 2013: *Narratives of Emergence: Rising Powers and the End of the Third World?* In: *Brazilian Journal of Political Economy* 33 (2/131), 203–221.
- Geiselberger, Heinrich, 2017 (Hg.): *Die große Regression: eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin.
- Inglehart, Ronald / Welzel, Christian, 2009: *Modernização, mudança cultural e democracia*, São Paulo.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira, 2011: *Toward Post-Neoliberalism in Latin America?* In: *Latin American Research Review* 46 (2), 225–234.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel, 2018: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München.
- Mainwaring, Scott / Brinks, Daniel / Pérez-Liñán, Aníbal, 2001: *Classificando regimes políticos da América Latina (1945–1999)*. In: *Dados, Revista de Ciências Sociais* 44 (4), 645–687.
- Mbembe, Achille, 2011: *Nekropolitik*. In: Marianne Pieper / Thomas Atzert / Serhat Karakayali / Vassilis Tsianos (Hg.), *Biopolitik – in der Debatte*, Wiesbaden, 63–96.
- Mbembe, Achille, 2017: *Politik der Feindschaft*, Berlin.
- Miguel, Luis Felipe, 2019: *O colapso da democracia no Brasil: da constituição ao golpe de 2016*, São Paulo.
- Mouffe, Chantal, 2000: *The Democratic Paradox*, London.
- Mouk, Yascha, 2018: *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München.
- Nash, Kate, 1996: *Post-Democracy, Politics and Philosophy: An Interview with Jacques Rancière*. In: *Angelaki: Journal of the Theoretical Humanities* 1 (3), 171–178.
- O'Donnell, Guillermo, 2007: *Dissonances: Democratic Critiques of Democracy*, Notre Dame.
- O'Donnell, Guillermo / Schmitter, Philippe, 2013: *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore.
- Oliveira, Osmani Porto de, 2016: *Mecanismos da difusão global do Orçamento Participativo: indução internacional, construção social e circulação de indivíduos*. In: *Opinião Pública, Campinas* 22 (2).
- Pérez-Liñán, Aníbal, 2017: *¿Podrá la democracia sobrevivir al siglo XXI?* In: *Nueva Sociedad* 267; <http://nuso.org/revista/267/el-fantasma-del-populismo/>, 01.04.2017.
- Persram, Nalini, 2008 (Hg.): *Postcolonialism and Political Theory*, Lanham.
- UNDP, *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen*, 2004: *A democracia na América Latina: rumo a uma democracia de cidadãos e cidadãs*; <http://www.dominiopublico.gov.br/download/texto/pn000012.pdf>, 01.09.2018.
- Przeworski, Adam, 2020: *Krisen der Demokratie*, Berlin.
- Quijano, Aníbal, 2016: *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*, Wien.
- Santos, Wanderley Guilherme dos, 2017: *A democracia impedida: o Brasil no século XXI*, Rio de Janeiro.
- Slobodian, Quinn, 2019: *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin.
- Sousa Santos, Boaventura de / Mendes, José Manuel, 2021 (Hg.): *Demodiversity: Towards Post-Abyssal Democracies*, New York.
- Stanley, Jason, 2018: *How Fascism Works. The Politics of Us and Them*, New York.
- Stovall, Tyler, 2013: *Empires of Democracy*. In: Graham Huggan (Hg.), *The Oxford Handbook of Postcolonial Studies*, Oxford, 1–27.
- Tilly, Charles, 2007: *Democracy*, Cambridge.
- White, Stephen / Moon, J. Donald, 2004: *What is Political Theory?*, London / Thousand Oaks / New Delhi.